

furrerhugi.



Frühe Kindheit ist entscheidend

BERICHT

WINTERSESSION 2020

30. November – 18. Dezember 2020

furrerhugi. ag

Schauplatzgasse 39 | CH-3011 Bern | T +41 31 313 18 48 | F +41 31 313 18 49
Schützengasse 4 | CH-8001 Zürich | T +41 44 251 01 43
Avenue de l'Université 18 | CH-1005 Lausanne | T +41 21 312 16 86
Corso Elvezia 16 | Casella postale 5607 | CH-6901 Lugano | T +41 91 911 84 89
45, Square Ambiorix | B-1000 Bruxelles | T +32 2 235 00 20

info@furrerhugi.ch | www.furrerhugi.ch

1 EINLEITUNG

Die Wintersession war geprägt durch intensive Debatten und eine Flut an neuen Vorstössen um die steigenden Corona-Fallzahlen. Die Tagesaktualität überholte dabei die politischen Prozesse teilweise und machte Vorstösse, die gestern noch aktuell waren, heute schon hinfällig. Von einer etwas längeren Dauer dürften in diesem Zusammenhang das Covid-Gesetz und das Solidarbürgschaftsgesetz sein, die beide unter grossem Zeitdruck beschlossen wurden und nun ebenso zügig in Kraft treten. Beide dringlichen Debatten waren stark geprägt vom Versuch, die wirtschaftlichen Interessen und die gesundheitlichen Risiken der Pandemie auszubalancieren.

Im Fokus der Session stand zudem vor allem auch das Bundesbudget. Der Ständerat folgte dabei einem Antrag des Nationalrats, wonach bei den Geldern für die Kinderrechte und den Kinderschutz 2 Mio. Franken statt wie vom Bundesrat vorgesehen nur 1,13 Mio. Franken eingesetzt werden soll. Des Weiteren gab die Agrarwirtschaft mit der nun vorerst aufgeschobenen Reform 2022+ oder der Pestizid-Thematik zu Reden. Ausserdem wurde eine ausserordentliche Debatte zum institutionellen Rahmenabkommen mit der EU ins Programm eingeschoben und das erste Massnahmepaket zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen sowie das Bundesgesetz über Tabakprodukte intensiv diskutiert. Auch die Vorlage «Ehe für alle» sorgte für öffentliches Aufsehen. Mit ihr hat der Rat die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet, und verheiratete Frauen-Paare erhalten Zugang zur Samenspende. Die Vorlage untersteht noch dem Referendum.

Im Bereich der frühen Kindheit hat der Ständerat nochmals die Covid-19-Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung diskutiert und anders als noch im September einer Motion aus dem Nationalrat zugestimmt. Der Bundesrat muss nun die ausgelaufene Verordnung rückwirkend so anpassen, dass auch Institutionen berücksichtigt werden, die vom Kanton oder von der Gemeinde Subventionen erhalten oder von der öffentlichen Hand betrieben werden. Auch wurde das Geschäft des Bundesrates zur Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen in der Schlussabstimmung angenommen. Zudem wurden zwei Motionen von Irène Kälin (GPS/AG) sowie von Jean-Luc Addor (SVP/VS) für eine vollständige Kostenbefreiung für Schwangere durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung an den Bundesrat überwiesen. Die beiden Motionen von Mathias Reynard (SP/VS) im Bereich Mutterschaftsschutz wurden hingegen abgelehnt.

Es wurden keine neuen, für READY! relevanten Vorstösse eingereicht, aber einige interessante Fragen eingebracht. So erkundeten sich unter anderem Nationalrätin Kathrin Bertschy (GLP/BE) über den bundesrätlichen Zeitplan für die Einführung der Individualbesteuerung und Valérie Piller Carrard (SP/FR) über die Umsetzung der Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung.

Im kommenden Quartal wird die Palv von Christa Markwalder (FDP/BE) für eine steuerliche Entlastung der familienexternen Kinderbetreuung in der WAK-S diskutiert. Der Vorstoss ist wieder aktuell, weil das Schweizer Stimmvolk das Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten) im September abgelehnt hatte. Die SPK-N wird Standesinitiativen rund um den Mutterschaftsurlaub für Politikerinnen diskutieren. Die WBK-N einen Schwerpunkt auf die Frühe Kindheit legen und dabei unter anderem auch die Palv von Katharina Prelicz-Huber (GPS/ZH) «Familien- und schulergänzende Betreuung als Teil des Service Public» und die Palv von Matthias Aebischer (SP/BE) «Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter» behandeln.

2 WICHTIGE BEHANDELTE VORSTÖSSE

** Die Geschäfte in diesen Kategorien werden in der Übersicht unter Kategorie 6 «Pendente und neu eingereichte Geschäfte» gelöscht.*

An den Bundesrat überwiesen*

- [19.3070](#) Motion Irène Kälin GPS/AG: Kostenbefreiung für Schwangere während der ganzen Schwangerschaft
- [19.3119](#) Postulat Yvonne Feri SP/AG: Wissen zu Kindeswohlgefährdungen bündeln, damit die Unterstützungsleistung passt
- [19.3307](#) Motion Jean-Luc Addor SVP/VS: Vollständige Übernahme der Kosten der Leistungen bei Mutterschaft durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung
- [20.3917](#) Motion WBK-N: Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung vom 20. Mai 2020. Überdenken der Umsetzung

Gesetzesvorlage verabschiedet*

- [18.092](#) Geschäft des Bundesrates: Erwerbsersatzgesetz. Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen

An Zweitrat

-

Fristverlängerung

-

Erledigte, zurückgezogene oder abgeschriebene Geschäfte*

- [19.3027](#) Motion Bruno Walliser SVP/ZH: Steuerfreie Kinderzulagen
- [19.3054](#) Postulat Barbara Gysi SP/SG: Care-Arbeit ins Zentrum rücken
- [19.3058](#) Motion Mathias Reynard SP/VS: Verschärfung der Sanktionen bei Kündigung wegen Mutterschaft oder Schwangerschaft
- [19.3059](#) Motion Mathias Reynard SP/VS: Kündigungsschutz für Arbeitnehmerinnen. Sperrfrist bei der Rückkehr aus dem Mutterschaftsurlaub verlängern
- [20.4055](#) Interpellation Simone de Montmollin FDP/GE: Anreize zur Schaffung von firmeneigenen Kindertagesstätten
- [20.4179](#) Interpellation Irène Kälin GPS/AG: Wo bleiben die Kinderrechte in der Quarantäne?

3 AUSZUG FRAGESTUNDE

[20.5926](#) Frage Valérie Piller Carrard SP/FR: Stand der Umsetzung der Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung

Antwort Bundesrat:

Alle 26 Kantone haben Anträge gestellt. Die Kantone haben 2'264 Anträge bewilligt und 92 Mio. CHF an Entschädigungen für finanzielle Verluste gewährt. Da einige Entscheidungen noch nicht endgültig sind, können sich diese Zahlen noch ändern. Beim Bund wurde eine finanzielle Unterstützung von 30,4 Millionen Franken beantragt, was dem in der Verordnung vorgesehenen Beitrag von 33 Prozent entspricht.

[20.5986](#) und [20.5987](#) Fragen Nadja Pieren SVP/BE: Schweizweites Singverbot als Massnahme zur Eindämmung von Covid 19 (1 und 2)

Antwort Bundesrat Berset:

Das gemeinsame Singen ausserhalb des Familienkreises ist verboten. Erfasst vom Verbot sind alle Situationen, in denen mehrere Personen zusammen singen. Dies gilt auch für das gemeinsame Singen im sogenannten Singkreis in der Kita. Das Singen einer einzelnen Betreuenden, etwa bei einem Schlaflied oder Beruhigungslied, ist - unter Einhaltung von Schutzmassnahmen - dagegen erlaubt. Dasselbe gilt für das Aufsagen von "Versli". Der Verband Kinderbetreuung Schweiz (kibesuisse) unterstützt das Verbot des gemeinsamen Singens und hat schon seit August empfohlen, auf Singkreise zu verzichten.

[20.6063](#) Frage Kathrin Bertschy GLP/BE: Individualbesteuerung: Zeitplan?

Antwort Bundesrat:

Der Bundesrat wird in einem nächsten Schritt eine Auslegeordnung zu verschiedenen Modellen einer Individualbesteuerung verfassen und dazu die Kantone anhören. Das Parlament wird im Herbst 2021 die Gelegenheit erhalten, sich auf dieser Grundlage zu den Eckwerten einer Individualbesteuerung zu äussern. Eine anschliessende Vernehmlassung könnte im Jahr 2022 durchgeführt und die Botschaft des Bundesrates im Jahr 2023 verabschiedet werden.

Weitere Fragen:

[20.5813](#) Frage Andrea Martina Geissbühler SVP/BE: Ein Baby landet mit Cannabisvergiftung auf der Intensivstation ([Mündliche Antwort Bundesrat Berset](#))

[20.5863](#) Frage Ursula Schneider Schüttel SP/FR: Die rechtliche Beratung von Kindern stärker unterstützen ([Schriftliche Antwort Bundesrat](#))

[20.5908](#) Frage Christa Markwalder FDP/BE: Ombudsstelle Kinderrechte. Was passiert bis zur Umsetzung der Motion 19.3633? ([Schriftliche Antwort Bundesrat](#))

4 BEACHTENSWERTE NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

[20.4421](#) Postulat Samira Marti SP/BL: Kindeswohl im Asyl- und Ausländerrecht

Der Bundesrat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) in einem Bericht zu analysieren, inwiefern das Kindeswohl im Asyl- und Ausländerrecht gewährleistet wird und ob Handlungsbedarf besteht. Die UNO-Kinderrechtskonvention verpflichtet die Staaten dazu, das Kindeswohl in allen Entscheiden vorrangig zu berücksichtigen.

[20.4448](#) Postulat Yvonne Feri SP/AG: Evaluation Bundesgesetz über Kindesentführungen

Der Bundesrat soll eine Evaluation des Bundesgesetzes über Kindesentführungen (BG-KKE) und der Bearbeitung von Kindesentführungsfällen durch die Bundesbehörden durchführen.

[20.4437](#) Interpellation Sandra Locher Benguerel SP/GR: Vernachlässigtes Kindeswohl

Die schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht (SBAA) stellt in ihrem neusten Fachbericht der Schweiz ein schlechtes Zeugnis aus. Zu oft würden migrationspolitische Interessen der Kantone und des Bundes höher gewichtet als die Interessen der Minderjährigen. Die Interpellantin will wissen, in welchen Bereichen der Bundesrat auf Grund dieses neusten Fachberichts Handlungsbedarf sieht, ob der Bundesrat bereit ist, Strukturen und Verfahren im Bereich des Ausländer- und Integrationsrechts und des Asylrechts zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen und wie der Bundesrat für Kinder und Jugendliche, welche die Mehrheit ihrer Lebensjahre in der Schweiz verbracht haben, einen speziellen Schutz vor Ausweisung gewährleisten kann.

5 RELEVANTE GESCHÄFTE IN DEN KOMMISSIONEN

WAK-S

18./19.01.2021

[20.455](#) Parlamentarische Initiative Christa Markwalder FDP/BE: Steuerliche Entlastung für familienexterne Kinderbetreuung bis zu 25 000 Franken pro Kind und Jahr

SPK-N

21./22.01.2021

[19.311](#) Standesinitiative ZG: Politisches Mandat auch bei Mutterschaft. Änderung der Bundesgesetzgebung

[20.313](#) Standesinitiative BL: Teilnahme an Parlamentssitzungen während des Mutterschaftsurlaubs

[20.323](#) Standesinitiative LU: Politikerinnen im Mutterschaftsurlaub

WBK-N

18./19.02.2021

[20.413](#) Parlamentarische Initiative Katharina Prelicz-Huber GPS/ZH: Familien- und schulergänzende Betreuung als Teil des Service Public

[17.412](#) Parlamentarische Initiative Matthias Aebischer SP/BE: Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter

6 PENDENTE UND NEU EINGEREICHTE GESCHÄFTE

Hinweise

- In der Wintersession 2020 neu eingereichte Vorstösse sind in kursiver Schrift aufgeführt.
 - Diese stehen teilweise erst in Französisch oder Italienisch zur Verfügung.
 - Neuer Status bei den Geschäften in Rot.
-
- [20.4421](#) *Postulat Samira Marti SP/BL: Kindeswohl im Asyl- und Ausländerrecht*
- [20.4448](#) *Postulat Yvonne Feri SP/AG: Evaluation Bundesgesetz über Kindsentführungen*
- [20.4437](#) *Interpellation Sandra Locher Benguerel SP/GR: Vernachlässigtes Kindeswohl*
- [20.472](#) Parlamentarische Initiative Kathrin Bertschy GLP/BE: Elternzeit von 14/14 Wochen - gleiche Chancen im Erwerbsleben
- [20.4011](#) Interpellation Marianne Binder-Keller CVP/AG: Kinder in Quarantäne. Wahrung des Kindeswohls und der Kinderrechte. Dringliche Anpassung der COVID-Regeln
→ *Stellungnahme Bundesrat (25.11.2020)*
- [20.323](#) Standesinitiative LU: Politikerinnen im Mutterschaftsurlaub
→ *SPK-S Folge gegeben (09.11.2020)*
- [20.313](#) Standesinitiative BL: Teilnahme an Parlamentssitzungen während des Mutterschaftsurlaubs
→ *SPK-S Folge gegeben (09.11.2020)*
- [20.455](#) Parlamentarische Initiative Christa Markwalder FDP/BE: Steuerliche Entlastung für familien-externe Kinderbetreuung bis zu 25 000 Franken pro Kind und Jahr
- [20.3683](#) Motion Yvonne Feri SP/AG: Bedarfsabhängige Kinderzulagen
→ BR beantragt Ablehnung (19.08.2020)
- [20.3684](#) Postulat Yvonne Feri SP/AG: Massnahmen zur Armutsprävention
→ BR beantragt Ablehnung (12.08.2020)
- [20.3806](#) Postulat Valérie Piller Carrard SP/FR: Anders in die familienexterne Kinderbetreuung investieren
→ BR beantragt Ablehnung (19.08.2020)
- [20.3873](#) Postulat Mathias Reynard SP/VS: Der Elternurlaub als Zukunft unserer Familienpolitik
→ BR beantragt Ablehnung (12.08.2020)
- [20.413](#) Parlamentarische Initiative Katharina Prelicz-Huber GPS/ZH: Familien- und schulergänzende Betreuung als Teil des Service Public
- [20.3381](#) Motion GPS-Fraktion: Keine Kinderarmut
→ BR beantragt Ablehnung (12.08.2020)
- [20.3201](#) Motion SP-Fraktion: Wichtige Anerkennung für systemrelevante Arbeit
→ BR beantragt Ablehnung (26.08.2020)
- [20.3231](#) Motion Yvonne Feri SP/AG: Nationales Programm. Früherkennung von Kindeswohlgefährdungen

- BR beantragt Ablehnung
(12.08.2020)
- [20.308](#) Standesinitiative Genf: Für eine konsequente Bundespolitik im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung
- [20.3039](#) Motion Jean-Luc Addor SVP/VS: Familienquotient zur Beseitigung der Heiratsstrafe
→ *BR beantragt Ablehnung*
(20.05.2020)
- [19.311](#) Standesinitiative ZG: Politisches Mandat auch bei Mutterschaft. Änderung der Bundesgesetzgebung
→ *SPK-S Folge gegeben*
(09.11.2020)
- [19.4430](#) Motion Yvonne Feri SP/AG: Verbesserter Schutz für in der Betreuung tätige Hausangestellte
→ *BR beantragt Ablehnung*
(26.02.2020)
- [19.4343](#) Postulat Kathrin Bertschy GLP/BE: Finanzhilfen des Bundes für die familienergänzende Kinderbetreuung direkt für die Verbilligung von Kita-Tarifen erwerbstätiger Eltern verwenden
→ *BR beantragt Ablehnung*
(20.11.2019)
- [19.4207](#) Postulat Tiana Angelina Moser GLP/ZH: Stärkung Kinder- und Jugendmedizin. Versorgungslücken schliessen
→ *BR beantragt teilweise Annahme*
(20.12.2019)
- [19.4069](#) Motion Benjamin Roduit CVP/VS: Schweizer Kohortenstudie zur Untersuchung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen
→ *BR beantragt Ablehnung*
(20.11.2019)
- [19.4070](#) Motion Christian Lohr CVP/TG: Nationale Strategie für Kinder und
- Gesundheit
→ *BR beantragt Ablehnung*
(20.11.2019)
- [19.3630](#) Motion Christa Markwalder FDP/BE: Individualbesteuerung endlich auch in der Schweiz einführen
→ *BR beantragt Ablehnung*
(28.08.2019)
- [19.3768](#) Motion CVP-Fraktion: Systematische Überprüfung der Auswirkungen auf Familien bei der Schaffung von neuen oder der Anpassung von bestehenden Gesetzgebungen
→ *BR beantragt Ablehnung*
(21.08.2019)
- [19.3803](#) Motion Brigitte Crottaz SP/VD: Beiträge der zweiten Säule auch nach der Geburt eines Kindes sicherstellen
→ *BR beantragt Ablehnung*
(14.08.2019)
- [19.3847](#) Motion Nadine Masshardt SP/BE: Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern: Endlich eine echte Elternzeit
→ *BR beantragt Ablehnung*
(14.08.2019)
- [19.3848](#) Motion Rosmarie Quadranti BDP/ZH: Elternzeit 14/14 Wochen für Chancengleichheit im Erwerbsleben
→ *BR beantragt Ablehnung*
(14.08.2019)
→ *Wird übernommen von Yvonne Feri* (5.12.2019)
- [19.3849](#) Motion Kathrin Bertschy GLP/BE: Elternzeit 14/14 Wochen / gleiche Chancen im Erwerbsleben
→ *BR beantragt Ablehnung*
(14.08.2019)
- [19.3927](#) Motion Carlo Sommaruga SP/GE: Familienzulagen. Die rechtliche

- Situation von unregelmässig Beschäftigten ist zu verbessern
→ *BR beantragt Ablehnung* (21.08.2019)
→ *Wird übernommen von M. Reynard* (28.11.2019)
- [19.3863](#) Postulat Ida Glanzmann-Hunkeler CVP/LU: Flächendeckende familienergänzende Betreuung
→ *BR beantragt Ablehnung* (14.08.2019)
- [19.3871](#) Postulat Adrian Wüthrich SP/BE: Nationale Konferenz zur Frühen Förderung
→ *BR beantragt Ablehnung* (04.09.2019)
→ *Übernommen von M. Reynard* (28.11.2019)
- [19.3373](#) Motion Margret Kiener Nellen SP/BE: EO-Entschädigungen. Militärdienst und Mutterschaft gleich entschädigen
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung* (29.05.2019)
→ *Wird übernommen von Priska Seiler Graf* (28.11.2019)
- [19.3190](#) Motion Adrian Wüthrich SP/BE: Rahmengesetz für eine schweizweite familienergänzende Kinderbetreuung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Gleichstellung von Mann und Frau und zur Chancengerechtigkeit der Kinder
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung* (22.05.2019)
→ *Wird übernommen von M. Reynard* (28.11.2019)
- [19.3176](#) Motion Nadine Masshardt SP/BE: Keine Kündigung in der Probezeit von Arbeitnehmerinnen in der Schwangerschaft und nach der Niederkunft
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung* (15.05.2019)
- [19.3175](#) Motion Nadine Masshardt SP/BE: Stärkerer Schutz für Mütter bei missbräuchlicher oder ungerechtfertigter Kündigung
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung* (15.05.2019)
- [17.412](#) Parlamentarische Initiative Matthias Aebischer SP/BE: Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter
→ *WBK-N: Folge gegeben* (12.01.2018)
→ *WBK-S: Zustimmung* (14.05.2018)
→ *WBK-N: Eröffnung Vernehmlassung* (29.08.2019)
→ *WBK-N: Verabschiedung Vorlage* (14.02.2020)
→ *NR: Annahme Erlassensentwurf* (18.06.2020)
→ *SR: Nicht eintreten* (09.09.2020)
- [15.434](#) Parlamentarische Initiative (Kessler) Thomas Weibel GLP/ZH: Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter
→ *Wird übernommen von Thomas Weibel* (3.12.2015)
→ *SGK-N Zustimmung* (22.06.2016)
→ *SGK-S Zustimmung* (30.08.2016)
→ *Fristverlängerung bis Herbstsession 2020* (28.09.2018)